

NACHLESE

CO₂-Gesetz:
Einmalige Chance

Die Umwelt- und Energiekommissionen des National- und Ständerats haben nun die einmalige Gelegenheit, den Scherbenhaufen in Sachen CO₂-Gesetz aufzuräumen. Wenn sie in ihren Vorberatungen gemeinsam ein Rückkommen beschliessen, dann können die Räte das ordnungspolitisch fragwürdige Gesetz noch korrigieren. Ein Rückkommen ist aus drei Gründen notwendig: Erstens ist das gesteckte Inlandreduktionsziel zu ambitiös. Zweitens fallen die bisher erfolgreichen Massnahmen der Wirtschaft aus der Schweizer Klimapolitik heraus. Und drittens schafft das Gesetz keine Anreize.

Nach den eigenen Berechnungen des Bundesamts für Umwelt ist ein Inlandreduktionsziel von 20 Prozent knapp erreichbar. Dies ist allerdings nur möglich, wenn die Lenkungswirkung vollständig erreicht wird, d.h. wenn praktisch mehr als die Hälfte der Gebäude saniert werden und wenn die Mobilität massiv zurückgeht. Darüber hinaus dürften weder die Wirtschaft noch die Bevölkerung wachsen. Ob das realistisch ist, sei dahingestellt... Sc

Kommission stimmt
Bausparen zu

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) hat mit 15 zu 8 Stimmen den indirekten Gegenentwurf zu den Bausparinitiativen gutgeheissen. Die WAK-N folgt damit dem Beschluss des Ständerats. Der HEV Schweiz zeigte sich in einer ersten Reaktion über die Haltung der WAK-N sehr erfreut.

Ein Änderungsantrag, welcher das steuerlich begünstigte Bausparen auch auf den Erwerb von Wohnbaugenossenschaftsanteilen erweitern wollte, wurde mit 12 zu 10 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls in der Minderheit (mit 15 zu 8 Stimmen) blieb ein Antrag, welcher das steuerlich begünstigte Bausparen nur auf jene Personen begrenzen wollte, welche über weniger als 60'000 Franken steuerbares Einkommen und weniger als 250'000 Franken steuerbares Vermögen verfügen.

Die Vorlage wird voraussichtlich in der Sommersession im Nationalrat beraten. Über die Abstimmungsempfehlung zu den beiden Volksinitiativen, welche sich noch in der Differenzvereinbarung zwischen den Räten befindet, wird die Kommission entscheiden, sobald die Räte definitiv über den indirekten Gegenvorschlag befunden haben.

Erleichterte Ausfuhr von
Uhren und Schmuck

Die Mehrwertsteuerbefreiung von Lieferungen im Reiseverkehr wird künftig einfacher und transparenter. Ausfuhrnachweise können unter bestimmten Voraussetzungen neu auch durch Reiseveranstalter oder andere Stellen im Ausland erteilt werden. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat eine entsprechende Verordnung erlassen. Sie tritt am 1. Mai 2011 in Kraft. Die Verordnung des EFD regelt die Steuerbefreiung der Inlandlieferungen von Gegenständen, welche für den privaten Gebrauch ins Ausland ausgeführt werden. Typischerweise geht es dabei um Uhren und Schmuckgegenstände.

Die grösste Vereinfachung der neuen Verordnung liegt in der Bestimmung für Reisegruppen. Reiseveranstalter können künftig unter bestimmten Voraussetzungen die Ausfuhr der Gegenstände bestätigen und so die Steuerbefreiung direkt im Ladenlokal erwirken. Durch den Erlass der Verordnung werden Motionen von sgv-Vorstandsmitglied Nationalrätin Silvia Flückiger-Bäni (Bild) und von Ständerat Peter Briner erfüllt. Sie forderten eine administrative Vereinfachung des Ausfuhrnachweises.

KARIN KELLER-SUTTER - Die St. Galler Regierungsrätin warnt vor einer Aufhebung des «Dublin»-Vertrags. Eine grosse Flüchtlingswelle befürchtet sie nicht.

«EU ist jetzt gefordert»

Gewerbezeitung: Droht uns durch die Libyen-Krise eine Flüchtlingsflut wie während des Balkankriegs?

■ **Karin Keller-Sutter:** Wir sollten den Fokus auf die ganze Maghreb-Region richten. Auf Lampedusa wurde zwar eine Zunahme der Flüchtlingsströme aus Tunesien und Ägypten festgestellt. Doch handelt es sich wohl mehrheitlich um Arbeitsmigranten, was sich auch daran zeigt, dass sie nicht einmal Asylgesuche stellen. Betreffend Libyen liegt der Fall anders, doch wird sich zeigen, ob die Regimekritiker ihre Heimat verlassen wollen.

Ich rechne nicht mit einer Flüchtlingsflut wie während des Balkankriegs, gibt es doch in der Schweiz nicht wie damals eine grosse Diaspora der betroffenen Nationen.

Sie fordern, den Druck auf die EU zu erhöhen, damit der «Schengen»-Vertrag eingehalten wird. Warum?

■ Die EU ist jetzt gefordert, ihre Ausengrenzen zu schützen und die Rückführungen vorzunehmen. Damit würde ein wichtiges Signal an die jungen Maghreb-Bewohner ausgesendet. Wir sind in Europa nicht im Stande, eine ganze Generation aufzunehmen.

Ich war vor wenigen Wochen in Brüssel und habe dort gehört, dass Italien und Spanien gerne den «Dublin»-Vertrag suspendieren möchten, sollte es zu einem grossen Zustrom kommen. Sie wollen also nicht mehr, dass jener Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, in den die Einreise zuerst erfolgt ist. Der Norden wird sich dagegen wehren. Wir müssen an diesem Abkommen festhalten. Das ist umso wichtiger, da sich Italien schon bislang nur knapp an die Verträge hält und zur Erschwerung von Rückführungen bürokratische Schikanen eingebaut hat.

Ein Beispiel: Wenn die Schweiz «Dublin-Fälle» an Italien zurückgeben will, müssen wir diese zwingend per Flugzeug nach Rom zurückfliegen. Hier braucht es diplomatische Interventionen.

«ICH RECHNE NICHT MIT
EINER FLÜCHTLINGS-
FLUT WIE WÄHREND DES
BALKANKRIEGS.»

Kommt angesichts der hohen Ausländerzahl in der Schweiz das ausländerpolitische Positionspapier der FDP Schweiz nicht Jahre zu spät? Die Bürger scheinen der SVP in diesem Bereich mehr zu vertrauen.

■ Ich bin nicht primär Parteimitglied, sondern Mitglied einer Regierung und leite seit elf Jahren das Sicherheits- und Justizdepartement des Kantons St. Gallen. Dies mit einer klaren Linie, ohne dass ich auf die SVP als Ideengeberin angewiesen wäre.

Als FDP-Mitglied bin ich aber froh, dass die FDP klar Position bezogen hat. Das Papier belegt, dass die FDP auf der Linie des Volkes politisiert. Dieses hat sowohl der Teilrevision des Asyl- und Ausländergesetzes wie auch dem Abkommen über die Per-



«Wir sind in Europa nicht im Stande, eine ganze Generation aufzunehmen», warnt die St. Galler Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Keller-Sutter.

sonenfreizügigkeit zugestimmt. Den Schweizerinnen und Schweizern ist bewusst, dass wir für unseren Wohlstand auch auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind. Aber wir wollen bestimmen, wer zuwandern soll und an welche Spielregeln er sich in unserem Land zu halten hat.

Warum haben Sie der Gewalt im Sport den Kampf ansagt?

■ Das war keine Einzelaktion von mir. Ich habe in der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJP) eine entsprechende Arbeitsgruppe geleitet - alle 26 Kantone haben unserem Konzept zugestimmt.

Der Handlungsbedarf ist gross, Woche für Woche stehen 1000 Polizisten wegen Fussball- und Eishockeyspielen im Einsatz. Die Kosten: eine Million Franken - pro Woche! Und das in einer Zeit, in der wir zu wenige Polizisten haben.

Dank des neuen Schnellverfahrens können wir schon am Spieltag gezielt Chaoten zur Rechenschaft ziehen - natürlich nur bei eindeutiger Beweislage. So beruhigt sich die Lage rund um die Stadien. Und es ist gewiss liberaler, sofort nach dem Spiel die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, als 50 unbeteiligte Matchbesucher aufzuhalten und zu kontrollieren.

Ist das Konzept erfolgreich?

■ Die Lage rund um die Stadien hat sich stabilisiert, aber noch immer kommt es zu Zwischenfällen. Bei Besuchen in Holland, Belgien und England meinten die dortigen Verant-

wortlichen zu unserer KKJP-Delegation, dass es mehrere Jahre dauern kann, bis die Massnahmen greifen.

«DAS AUSLÄNDERPOLITISCHE
POSITIONSPAPIER
BELEGT, DASS DIE FDP
AUF DER LINIE DES VOLKES
POLITISIERT.»

Warum wird die Ostschweiz eher selten als Pionierregion wahrgenommen?

■ Ist dem wirklich so? Bereits unsere Textilindustrie war einst führend und Vorläufer von heutigen, unter anderem im Textilbereich tätigen High-Tech-Unternehmen. Gerade im Rheintal gelangen uns immer wieder Ansiedlungen von international führenden Unternehmen. Die Ostschweizer Mentalität ist aber so, dass wir uns eher zurückhalten, als uns in den Vordergrund zu drängen. Dabei würde ich mir wünschen, dass es in der Schweiz mehr ostschweizerisches Denken gäbe und unsere liberalere Staatsauffassung Platz greifen würde. Gerade weil wir eigene Lösungen anstreben, statt immer nach dem Staat zu rufen, zeichnet sich die Ostschweiz durch eine tiefere Staatsquote als andere Landesteile aus - bei einer hohen Lebensqualität und einer grösseren Sicherheit.

Wird die Ostschweiz durch den Bund genügend unterstützt?

■ «Unterstützt» ist der falsche Ausdruck. Wir müssen hart dafür kämp-

fen, was uns zusteht. Die «Berner Optik» reicht leider oft nicht über die Grenzen der Bundesstadt hinaus. Bei Verkehrsinfrastrukturprojekten wird immer noch zu stark an der Nord-Süd-Achse festgehalten. Dabei bewegen sich die Pendlerströme doch von Ost nach West. Auch bei der Raumplanungspolitik muss die Ostschweiz stärker berücksichtigt werden. Heute setzt der Bund einfach auf die drei Metropolitanräume Bassin lémanique, Zürich und Basel. Es geht nicht darum, dass die Ostschweiz auch eine Metropolitanregion sein will, aber Wohlstand für die gesamte Schweiz gibt es nur, wenn man alle Wirtschaftsräume berücksichtigt.

«DIE «BERNER OPTIK»
REICHT LEIDER OFT
NICHT ÜBER DIE GRENZEN
DER BUNDESSTADT
HINAUS.»

Hängt Ihre «Anti-Bern-Haltung» damit zusammen, dass Ihnen ein Bundesratssitz verwehrt blieb? Wie schnell haben Sie die Enttäuschung überwunden?

■ Das ist doch keine «Anti-Bern-Haltung», sondern eine nüchterne Analyse der Tatsachen. Jenen Wahltag habe ich gut verdaut, da ich immer auch die Variante der Nichtwahl bei meinen Planungen mitberücksichtigt habe. Das fiel mir umso leichter, da mir mein Amt als Regierungsrätin wichtig ist.

Nun geben Sie das Amt ab, falls Sie in den Ständerat gewählt werden. Warum kandidieren Sie?

■ Ich würde gerne die Interessen der Ostschweiz und jene St. Gallens im Ständerat vertreten und für praxisorientierte Lösungen einstehen. Der Kanton St. Gallen ist ein klar bürgerlicher Kanton, und ich vertrete eine bürgerliche Haltung. Ein Doppelmandat schliesse ich aus, weiss ich doch, wie gross mein heutiges Arbeitspensum ist. Interview: Matthias Engel

LINK

www.karin-keller-sutter.ch

ZUR PERSON

Karin Keller-Sutter ist seit 2000 Vorsteherin des Sicherheits- und Justizdepartements des Kantons St. Gallen. Sie ist die Vertreterin der St. Galler Regierung in der Konferenz der Kantonsregierungen.

2005 bis 2010 war die FDP-Politikerin Vizepräsidentin der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJP), wobei sie für Asyl- und Ausländerpolitik sowie Gewalt im Sport dossierverantwortlich war. 2010 hat sie das Präsidium der KKJP übernommen.

Von 1995 bis 2000 war Keller-Sutter Vorstandsmitglied des Kantonalen St. Gallischen Gewerbeverbands.

Die 47-Jährige ist in Wil aufgewachsen, wo sie heute noch mit ihrem langjährigen Ehemann lebt.